

# Inhaltsverzeichnis

Satzungsänderungsanträge.....	3
SÄA 001 – Zugänglichkeit der Anträge.....	4
SÄA 002 – Einladungsmodalitäten Kreismitgliederversammlung.....	5
Programmanträge.....	6
PÄA 001 – Informationsportal.....	7
PÄA 002 – Transparenz bei öffentlichen Projekten.....	8
PÄA 003 - Wohnraumsituation.....	9
PÄA 004 – Raucherbereiche an allen Schulen.....	10
PÄA 005 – Verbindliche Einführung Multikultureller Heimat/Stadtfeste.....	11
PÄA 006 - Aufklärungsgespräche an Schulen.....	12
PÄA 007 – Quote für Menschen mit Migrationshintergrund.....	13
PÄA 008 – Bereitstellung von Parkplätzen.....	14
PÄA 009 – Starkstromleitungen für Elektroautomobile.....	15
PÄA 010 – Asylbewerber Unterbringung und Behandlung.....	16
PÄA 011 – Pilotprojekt Computergesteuerte LED Straßenbeleuchtung.....	17
PÄA 012 – Inklusion: SMS-Notruf.....	19
PÄA 013 – Inklusion: Barrierefreiheit bei Webauftritten.....	20
PÄA 014 – Infrastruktur: Offene Netze.....	21
PÄA 015 – Verkehr: Fahrscheinloser ÖPNV.....	22
PÄA 016 – Sicherheit: Gegen Überwachung im Nahverkehr.....	23
PÄA 017 – Sicherheit: Kameraüberwachung minimieren.....	24
PÄA 018 – Sicherheit: Kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen.....	25
PÄA 019 – Datenschutz: Opt-In.....	26
PÄA 020 – Leben & Verwaltung: Kostenfreier Kirchaustritt.....	27
PÄA 021 – Verwaltung: Onlineverfügbarkeit von Formularen/Dokumenten.....	28
PÄA 022 – Verwaltung: Einsatz freier Software.....	29
PÄA 023 – Familie & Bildung: Erweiterung der Bildungsangebote.....	30
PÄA 024 – Familie & Bildung: Frühkindliche Bildung.....	31
PÄA 025 – Kostenlose Kinderbetreuung.....	32
PÄA 026 - Flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen.....	33
PÄA 027 – Familie & Bildung: Betreuungsschlüssel.....	34
PÄA 028 – Familie & Bildung: Vergütung von Betreuungspersonal.....	35
PÄA 029 – Familie & Bildung: Bundeswehr an Schulen.....	36
PÄA 030 – Familie & Schulen: Rechte Gewalt & Ideologien.....	37
PÄA 031 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Transparenz.....	38
PÄA 032 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Informationsfreiheitssatzung.....	39
PÄA 032 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Stadtrat/Gemeinderat.....	40
PÄA 034 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: OpenData.....	41
PÄA 035 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Wahlrecht f. Ausländer.....	42
PÄA 036 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Keine Wahlgeräte.....	43
PÄA 037 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Wahlbeobachter.....	44
PÄA 038 - Transparenz & Bürgerbeteiligung: Frühe Bürgerbeteiligung.....	45
PÄA 039 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Bürgerentscheide.....	46
PÄA 040 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Jugendgemeinderäte.....	47
PÄA 041 – Inklusion: Beschwerdestelle f. Sexuelle Belästigung.....	48
Positionspapiere.....	49
PP 001 - Positionierung und Selbstverständnis der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis.....	50
PP 002 - Selbstverständnis als liberale Partei.....	51

Sonstige Anträge.....	52
SA 001 – Korrekturen Programm.....	53

# Satzungsänderungsanträge

Unter dieser Überschrift findet ihr alle Anträge die eine Änderung der Satzung nach ihrer Annahme nach sich ziehen. Diese werden, nach der vorläufigen Tagesordnung zu Beginn des Kreisparteitages 2013.1 der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis behandelt.

Die momentan gültige Satzung findet ihr hier:

[http://wiki.piratenpartei.de/BW:Kreisverband\\_Ulm\\_Alz-Donau-Kreis/Satzung](http://wiki.piratenpartei.de/BW:Kreisverband_Ulm_Alz-Donau-Kreis/Satzung)

Die vorläufige Tagesordnung:

- Begrüßung
- Wahl der Versammlungsämter
  - Versammlungsleiter
  - Wahlleiter
  - Bestimmung der Wahlhelfer
  - Protokollant
- Zulassung von Gästen und Presse sowie Bild- und Tonaufnahmen
- Abstimmung über die Geschäftsordnung
- Abstimmung über die Tagesordnung
- **Satzungsänderungsanträge**
- Rechenschaftsberichte
- Entlastung des alten Vorstandes
- Vorstandswahlen
  - Wahl der/des Vorsitzenden
  - Wahl der/des Stellvertretenden Vorsitzenden
  - Wahl der/des Schatzmeister/in
- Wahl der Rechnungsprüfer
- Anträge und Wünsche an den Vorstand
- Programmanträge
- Sonstiges

## SÄA 001 – Zugänglichkeit der Anträge

Antragsteller: MC Priester

Titel: Zugänglichkeit der Anträge

Kurzbeschreibung: Betrifft die Satzung § 15 (1) und soll regeln wem genau alles die Anträge zugänglich gemacht werden sollen.

### Antragstext:

Der Text im § 15 (1) in der Satzung des Kreisverbands Ulm-Alb-Donau-Kreis soll wie folgt geändert werden in:

Anträge auf Änderung oder Ergänzung der Satzung müssen spätestens am 7. Tag vor dem Zusammentritt der Versammlung beim Vorstand eingereicht werden und den Kreismitgliedern spätestens am 4. Tag vor Zusammentritt der Versammlung zugänglich sein; Die Abstimmung darüber ist nur dann zulässig, wenn der Antrag selbst den Wortlaut der Satzung ausdrücklich ändert oder ergänzt.

### Begründung:

Da bisher nur Stimmberechtigte Mitglieder eingeladen werden zur Versammlung, erhalten viele die unmittelbar vor der Versammlung Stimmberechtigt werden, oder trotzdem die Versammlung als Mitglied besuchen möchten keine Einladung zur Versammlung und müssen auch vom Vorstand dadurch nicht benachrichtigt werden welche Satzungsänderungsanträge eingereicht wurden. Im Sinne der Transparenz- und Teilnahmeaufforderung der Piratenpartei finde ich es sinnvoll die Satzung daher wie im Antragstext umzugestalten.

Der bisherige Text lautet nämlich so:

§15

(1) Anträge auf Änderung oder Ergänzung der Satzung müssen spätestens am 7. TAG vor dem Zusammentritt der Versammlung beim Vorstand eingereicht werden und den STIMMBERECHTIGTEN spätestens am 4. TAG vor Zusammentritt der Versammlung zugänglich sein. Die Abstimmung darüber ist nur dann zulässig, wenn der Antrag selbst den Wortlaut der Satzung ausdrücklich ändert oder ergänzt.

## SÄA 002 – Einladungsmodalitäten Kreismitgliederversammlung

Antragsteller: Carsten Lenz

Titel: Satzung des Kreisverbandes Ulm/Alb-Donau-Kreis §10

Kurzbeschreibung: Betrifft Satzung des Kreisverbandes Ulm/Alb-Donau-Kreis §10

### Antragstext:

Ich beantrage §10 (1) der Satzung des Kreisverbandes Ulm[1] wie folgt zu ändern:

(1) Die Versammlung wird einberufen durch die Ladung aller Mitglieder des Kreisverbandes; sie muss mindestens enthalten:

Alt:

(1) Die Versammlung wird einberufen durch die Ladung aller stimmberechtigten Mitglieder; sie muss mindestens enthalten:

### Begründung:

Stand heute (15.1.2013) haben lt. Aussage Lisa Collins auf Twitter[2] etwa 30 Mitglieder des Kreisverbandes ihren Mitgliedsbeitrag für 2013 bezahlt. Stand heute würde bei enger Auslegung der Satzung nur ein Bruchteil der 126 Mitglieder des Kreisverbandes eingeladen werden.

Die Stimmberechtigung der Mitglieder auf Kreismitgliederversammlungen/Parteitag ergibt sich aus §13 Satz 2 der Satzung des Kreisverbands Ulm/Alb-Donau-Kreis[3] und §4 Landessatzung Baden-Württemberg[4] bzw. §4 (4) Satz 2 Bundessatzung[5]:

Auf Parteitag ist die Ausübung des Stimmrechts nur möglich, wenn alle Mitgliedsbeiträge entrichtet wurden.

Aufgrund des frühzeitigen Termins der ersten Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Mitglieder keine Einladung bekommen dürfte. Das war bei der Erstellung der KV Satzung sicher nicht beabsichtigt.

Mein Satzungsänderungsantrag ist in dieser Form auch im Wiki zu finden:

[http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Jorge/S%C3%84A\\_KMV\\_ADKUL\\_131-%C2%A710\[...\]](http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Jorge/S%C3%84A_KMV_ADKUL_131-%C2%A710[...])

[1] §10 KV Satzung

[http://wiki.piratenpartei.de/BW:Kreisverband\\_Ulm\\_Albandau-Kreis/Satzung#.C\[...\]](http://wiki.piratenpartei.de/BW:Kreisverband_Ulm_Albandau-Kreis/Satzung#.C[...])

[2] Twitter Aussage Lisa

[https://twitter.com/\\_clxe/status/291295702024347648](https://twitter.com/_clxe/status/291295702024347648)

[3] §13 KV Satzung

[http://wiki.piratenpartei.de/BW:Kreisverband\\_Ulm\\_Albandau-Kreis/Satzung#.C\[...\]](http://wiki.piratenpartei.de/BW:Kreisverband_Ulm_Albandau-Kreis/Satzung#.C[...])

[4] §4 Landessatzung BW

[http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband\\_Baden-Wuerttemberg/Satzung#.C2.A7\[...\]](http://wiki.piratenpartei.de/Landesverband_Baden-Wuerttemberg/Satzung#.C2.A7[...])

[5] §4 Bundessatzung

[http://wiki.piratenpartei.de/Bundessatzung#.C2.A7\\_4\\_-\\_Rechte\\_und\\_Pflichten\\_\[...\]](http://wiki.piratenpartei.de/Bundessatzung#.C2.A7_4_-_Rechte_und_Pflichten_[...])

# Programmanträge

Unter dieser Überschrift findet ihr alle Anträge die eine Änderung des Programms nach ihrer Annahme nach sich ziehen. Diese werden, nach der vorläufigen Tagesordnung nach der neuen Vorstandswahl beim Kreisparteitag 2013.1 der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis behandelt.

Momentan haben wir kein Programm.

Die vorläufige Tagesordnung:

- Begrüßung
- Wahl der Versammlungsämter
  - Versammlungsleiter
  - Wahlleiter
  - Bestimmung der Wahlhelfer
  - Protokollant
- Zulassung von Gästen und Presse sowie Bild- und Tonaufnahmen
- Abstimmung über die Geschäftsordnung
- Abstimmung über die Tagesordnung
- Satzungsänderungsanträge
- Rechenschaftsberichte
- Entlastung des alten Vorstandes
- Vorstandswahlen
  - Wahl der/des Vorsitzenden
  - Wahl der/des Stellvertretenden Vorsitzenden
  - Wahl der/des Schatzmeister/in
- Wahl der Rechnungsprüfer
- Anträge und Wünsche an den Vorstand
- **Programmanträge**
- Sonstiges

## PÄA 001 – Informationsportal

Antragsteller: David Dorst

Titel: Informationsportal

Kurzbeschreibung: Einrichtung eines zentralen Informationsportal

### Antragstext:

Wir fordern von den Städte und Gemeinden ein zentrales Informationsportal mit dem ausschließlichen Zweck ihre Entscheidungen, Sitzungen, Sitzungsprotokolle (sofern öffentlich), Petitionen/Bürgeranträge, Entscheidungsfindungen, Ausschreibungen, Antworten auf Ausschreibungen, (Grün)Flächenplan etc. barrierefrei zu veröffentlichen.

Dieses Portal hat in gesamtem Umfang online zur Verfügung zu stehen. Die Daten haben zusätzlich in einem offenen Standard maschinenlesbar aufbereitet zu sein. Die veröffentlichten Daten stehen unter einer offenen Lizenz.

### Begründung:

Um Bürger zu informieren ist es zwingend notwendig, diese Informationen leicht zu erreichen und für jeden zugänglich zur Verfügung zu stellen. Maschinenlesbarkeit erleichtert Aufbereitung zweckbezogen und unabhängig von der veröffentlichenden Stelle.

Die Barrierefreiheit nimmt hier in besonderem Maße eine hohe Stellung ein, da jeder Bürger beteiligt werden soll. Zur Veröffentlichung hierbei ist eine Frist einzuräumen um Texte in Audioform o.ä. Aufnahmen zu können, oder übersetzen zu können (leichte Sprache, o.ä.).

## PÄA 002 – Transparenz bei öffentlichen Projekten

Antragsteller: David Dorst

Titel: Transparenz bei öffentlichen Projekten

Kurzbeschreibung: Transparenz bei öffentlichen Projekten

### Antragstext:

(Modul 1)

Bürgerbeteiligung beginnt bereits mit Information und Transparenz. Akzeptanz von Entscheidungen wird durch Nachvollziehbarkeit und offene Dialoge geschaffen. Daher muss über geplante Projekte von Anfang an umfassend informiert werden.

(Modul 2)

Über geplante Projekte ist zu informieren über: Ausschreibungen, die erhaltenen Angebote und die Bewertungen mit ein. Die erhaltenen Angebote sind nach Ende der Ausschreibung zu veröffentlichen, die Bewertung unverzüglich nachdem diese erfolgt ist. Sofern nicht vorhanden ist hierfür eine zentrale Stelle zu schaffen, an denen diese Informationen leicht und barrierefrei zugänglich sind.

(Modul 3)

Die Bewertung des gewonnen Angebotes schließt eine Bewertung und Benennung der Unterschiede gegenüber den übrigen Angeboten mit ein.

### Begründung:



## PÄA 003 - Wohnraumsituation

Antragsteller: David Dorst

Titel: Wohnraumsituation

Kurzbeschreibung: Überblick über die Wohnraumsituation aktuell erhalten.

### Antragstext:

Die Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis fordert regelmäßig Daten zu erheben über die Notwendigkeit (und damit auch der Anzahl der notwendigen) Sozialwohnungen in den Städten und Gemeinden der Landkreise Ulm und Alb-Donau-Kreis. Diese Erhebungen haben von einer neutralen Instanz ausgeführt zu werden und sind von den Gemeinden/Städten bedingungslos und ergebnisunabhängig zu finanzieren. Demgegenüber sind in gleichen Abständen auch die momentan verfügbaren Objekte zu benennen und in ihrer Tauglichkeit als Unterkunft und der Notwendigkeit von Sanierungsbedarf zu bewerten.

Die entsprechenden Daten werden an prominenter Stelle in angemessener Form, begleitet von einer Bewertung der Stadt/Gemeinde veröffentlicht.

### Begründung:

[http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm\\_neu\\_ulm/Gruene-Defizit-an-Sozialwohnungen\[..\]](http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm_neu_ulm/Gruene-Defizit-an-Sozialwohnungen[..])

Die Grünen und die Stadt Ulm in Form von Ivo Gönner bewerten die Wohnraumsituation unterschiedlich. Während die Grünen ein Problem aufkommen sehen, sieht Ivo Gönner nur eine geringe Diskrepanz zwischen den angebotenen 6600 Wohnungen und den benötigten 7570 Wohnungen.

Um in Zukunft die Situation im Auge zu behalten ist eine regelmäßige neue Erhebung dieser Daten notwendig, unter den aktuellen Kriterien und unter Berücksichtigung des aktuellen Einkommens. Die Bewertung und Erhebung hat min. 1 mal jährlich, oder bei Bedarf stattzufinden. Es obliegt der Stadt/den Gemeinden Bedarf festzustellen.

## PÄA 004 – Raucherbereiche an allen Schulen

Antragsteller: David Dorst

Titel: Raucherbereiche an allen Schulen

Kurzbeschreibung: Raucherbereiche an allen Schulen

### Antragstext:

Wir fordern getrennte und gut gekennzeichnete Außenflächen auf dem Schul-/Bildungsgelände, wie auf dem Bahnhof in Ulm würden das Problem beseitigen, das Raucher das Schul-/Bildungseinrichtungsgelände verlassen müssten um zu rauchen. Der Versicherungsschutz würde so weiterhin bestehen. Nichtraucher könnten zum Schutz ihrer Gesundheit die Raucherzonen meiden und sich trotzdem auf dem Gelände frei bewegen.

### Begründung:

## PÄA 005 – Verbindliche Einführung Multikultureller Heimat/Stadtfeste

Antragsteller: David Dorst

Titel: Verbindliche Einführung Multikultureller Heimat/Stadtfeste

Kurzbeschreibung: Verbindliche Einführung Multikultureller Heimat/Stadtfeste

### Antragstext:

Die örtlichen Planer der Volks- Heimat- und Stadtfesten sollen ihr Kulturprogramm (Musik, Kunst, etc.) multikulturell zusammenstellen um allen Menschen in der Region ein Heimatgefühl zu vermitteln. Wie sehr ein Programm in die jeweiligen kulturellen Unterschiede ausgerichtet werden sollte, kann man ja anhand der Prozentualen Vorgaben der Immigrationsberichte, also der Prozentualen Einwohnerquote von Migranten ableiten. Ziel muss es sein alle kulturellen Unterschiede der Musik, Kunst, Sport etc. in ein gemeinsames durch gemischtes Programm zu bekommen das dann dort zur Unterhaltung dient.

Begründung:

## PÄA 006 - Aufklärungsgespräche an Schulen

Antragsteller: David Dorst

Titel: Aufklärungsgespräche an Schulen um Menschen mit Migrationshintergrund Quote in öffentlichen Ämtern zu erhöhen

Kurzbeschreibung: Aufklärungsgespräche an Schulen um Menschen mit Migrationshintergrund Quote in öffentlichen Ämtern zu erhöhen

### Antragstext:

Menschen aus der Kommunalverwaltung regelmäßig werden regelmäßig eingeladen verbindliche Aufklärungsgespräche an Schulen zu geben, um Schülern die Bedingungen und Aufgaben für ihre Tätigkeiten zu erklären. Darauf hin sollte besonders betont werden das wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund in öffentlichen Ämtern suchen um hier Diskriminierung und Ungleichgewicht in öffentlichen Ämtern abzubauen. (Dasselbe gilt übrigens für alle Minderheiten, in diesem Fall auch für Frauen an sich - Stichwort Frauenquote, könnte man also ebenfalls betonen)

### Begründung:

## PÄA 007 – Quote für Menschen mit Migrationshintergrund

Antragsteller: David Dorst

Titel: Einführung einer Quote für Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommunalverwaltung

Kurzbeschreibung: Einführung einer Quote für Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommunalverwaltung

### Antragstext:

Ähnlich wie bei der EU-Frauenquote für Europäische Börsenunternehmen fordern wir, das bei gleicher Qualifikation (die im Zweifelsfall der Verwaltungsapparat nachweisen muss ) Menschen mit Migrationshintergrund bis zur Erfüllung einer Quote bevorzugt eingestellt werden. Diese Quote sollte sich nach der prozentualen Einwohneranzahl der Menschen mit Migrationshintergrund im Kommunalgebiet richten.

### Begründung:

## PÄA 008 – Bereitstellung von Parkplätzen

Antragsteller: David Dorst

Titel: Arbeitgeber Verpflichtung zur Bereitstellung von Parkplätzen

Kurzbeschreibung: Arbeitgeber Verpflichtung zur Bereitstellung von Parkplätzen

### Antragstext:

Arbeitgeber in der Region sind ab einer bestimmten Betriebsgröße verpflichtet Parkplätze für Ihre Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen. Falls das nicht möglich ist könnte man diese Arbeitgeber verpflichten sich an den Parkplatz Kosten, wenn vorhanden, zu beteiligen.

### Begründung:

## PÄA 009 – Starkstromleitungen für Elektroautomobile

Antragsteller: David Dorst

Titel: Ausbau von Starkstromleitungen für Elektroautomobile auf Parkflächen der Kommune

Kurzbeschreibung: Ausbau von Starkstromleitungen für Elektroautomobile auf Parkflächen der Kommune

### Antragstext:

Wenn der Haushalt es zu lässt könnten wir Parkplätze der Kommune mit Stromleitungen ausbauen und diese mit einem Zählsystem ähnlich wie das Car2Go Prinzip, oder wie das der Staat Israel bereits eingerichtet hat ausstatten, um Fahrern von Umweltfreundlichen Elektroautos die gewünschte Infrastruktur zu ermöglichen und dadurch bei Nutzung auch neue Einnahmen durch Kommunalstromversorgung erzeugen. (über Steuern oder eigene/städtische Energielieferanten)

### Begründung:

## PÄA 010 – Asylbewerber Unterbringung und Behandlung

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Menschenwürdige Unterbringung und Behandlung von Asylbewerbern

Kurzbeschreibung: Menschenwürdige Unterbringung und Behandlung von Asylbewerbern

### Antragstext:

Die derzeitige Praxis der Unterbringung von Asylbewerbern in völlig überfüllten und schlecht ausgestatteten Räumlichkeiten ist nicht menschenwürdig und daher setzen wir uns dafür ein, dass auch Asylbewerbern eine angemessene Unterkunft gestellt wird. Wir sind außerdem der Überzeugung, dass es nicht akzeptabel ist, dass Menschen nach dem Stellen eines Antrages auf Asyl teilweise Jahre warten müssen, bis sie eine Antwort erhalten. Diese Bearbeitungsdauer muss massiv gesenkt werden, um Asylbewerbern zügig einen Einstieg in Leben & Gesellschaft in unserem Land ermöglichen. Um eine rasche Integration zu ermöglichen, sprechen wir uns zudem dafür aus, dass Asylbewerber sofort eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten.

### Begründung:



## PÄA 011 – Pilotprojekt Computergesteuerte LED Straßenbeleuchtung

Antragsteller: Anja Hirschel

Titel: Computergesteuerte LED Straßenbeleuchtung

Kurzbeschreibung:

### Antragstext:

Antrag auf Durchführung eines Pilotprojektes "Computergesteuerte LED Straßenbeleuchtung" in Ulm, analog zu den Projekten in Ballrechten-Dottingen, Stuttgart und Göttingen mit der Umsetzung in verschiedenen Fußgänger-Frequenzbereichen.

### Begründung:

Straßenbeleuchtung trägt aktuell zu hohem Energieverbrauch und sog. Lichtverschmutzung bei, durch die Dauerbeleuchtung wird außerdem die lokale Fauna gestört bzw. dezimiert. Moderne Technik kann hier Abhilfe schaffen ohne dabei die Kosten in die Höhe zu treiben.

Die aktuellen Projekte arbeiten gesamt nur mit ca. 400 Lampen was nur eine geringe Aussagekraft besitzt. In Ulm besteht außerdem die Chance sowohl hoch frequentierte Innenstadt als auch geringer genutzte Randgebiete mit einzubeziehen.

Technische Daten aus Dottingen:

8 herkömmliche Quecksilber-Dampflampen: 2388 Kilowattstunden ip.A.,

8 LED-Lampen: 715 Kilowattstunden p.a.

Als Ersparnis durch das Dimmen wird nochmals eine Verbrauchsreduzierung auf 254 Kilowattstunden p.a. erwartet. Sensoren messen dies aktuell, Auswertung übers Jahr steht noch aus (Gegen Ende 2013).

Die Investitionskosten sind ca. doppelt so hoch wie bei herkömmlicher Beleuchtung. Dies Amortisiert (gemittelt) nach ca. 9 Jahren bei 15 Jahren Lebensdauer.

Dimmung im Dauerbetrieb als Minimalbeleuchtung: 6 Watt (20% Leistung)

Volle Leistung ca. 29-31 Watt bei Erfassung durch den Sensor – inkl. "Weitergabe" der Information an die nächste Lampe zur Erreichung eines "Lichtteppichs".

Einzeln einstellbar z.B. Beleuchtungsdauer und Sensorempfindlichkeit (Tiere) für besondere Anforderungen.

Im ersten Schritt sollen bei Neubauten von Beleuchtungseinrichtungen diese Technik verwendet werden, bei erfolgreichem Ergebnis Umbau der gesamten Stadtbeleuchtung jeweils beim Austausch der alten Lichttechnik.

Aspekt Umweltschutz:

Das "kalte" Licht schont die lokalen Insektenpopulationen und spart Energie, die Entsorgung der Lampen ist weniger problematisch und die Lebensdauer ist länger. Es werden

Nebenaspekt:

Das Licht der LED Lampen ist gerichteter, d.h. je nach Modell kann die unerwünschte Abstrahlung nach oben verringert werden.

Mögliche Technik: Philips CitySpirit LED-Leuchten mit Lichtsteuerung LumiMotion

Bisherige Auszeichnungen:

Das Projekt, mit dem die Stadt Göttingen am Bundeswettbewerb "Energieeffiziente Stadtbeleuchtung" teilgenommen hat, wurde im Juni 2009 in der Rubrik "Großstädte mit 100.000 bis 500.000 Einwohner" mit dem 3. Platz ausgezeichnet.

Einsatz von LED-Lampen mit Kamerasensoren und Dimmtechnik zur Beleuchtungsregelung sowohl im zentralen Stadtgebiet als auch in Randgebieten. Mitfinanzierung und Energieverbrauchsüberwachung per Verbrauchssensoren durch die örtlichen Energieversorger (UWS).

Im Rahmen des Pilotprojektes Einsatz bei Neubau von Straßenbeleuchtung, zunächst kein Ersatz von vorhandener funktionierender Technik.

Konkreter Vorschlag: Bahnhofsbereich in der Innenstadt (Hochfrequenz), in Wohngebieten wie "im Türmle (Mittelfrequenz), Neubaugebiet "im Hagäcker" am Rande von Einsingen, (Niederfrequenz).

Dabei sollen die Messwerte der Energieverbrauchssensoren öffentlich zugänglich sein (live im Netz oder regelmäßig aktualisiert als Report).

Pilotprojekt Ballrechten-Dottingen:

[http://www.badische-zeitung.de/ballrechten-dottingen/licht-stets-in-der-ric\[...\]](http://www.badische-zeitung.de/ballrechten-dottingen/licht-stets-in-der-ric[...])

(12. Nov. 2012)

Pilotprojekt Stuttgart mit ENBW:

[http://www.enbw.com/content/de/presse/pressemitteilungen/2008/08/PM\\_2008080\[...\]](http://www.enbw.com/content/de/presse/pressemitteilungen/2008/08/PM_2008080[...])

(August 2008)

Pilotprojekt in Göttingen mit Philips:

[http://www.newscenter.philips.com/de\\_de/standard/news/lighting/20110610\\_lum\[...\]](http://www.newscenter.philips.com/de_de/standard/news/lighting/20110610_lum[...])

(10. Juni 2011)

Bundeswettbewerb Stadtbeleuchtung:

<http://www.bundeswettbewerb-stadtbeleuchtung.de/> (2009)

ESSAY Professor Dr. Gerhard Eisenbeis, Universität Mainz "Lichtverschmutzung und ihre fatalen Folgen für Tiere"

<http://www.wissenschaft-online.de/abo/lexikon/biok/7024>

## PÄA 012 – Inklusion: SMS-Notruf

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: SMS-Notruf

Kurzbeschreibung: Einführung eines SMS-Notruf

### Antragstext:

Nicht für alle Menschen ist es möglich, im Falle eines Notrufs einen Anruf an die Rettungsleitstelle abzusetzen. Vor allem für Menschen, deren Hören oder Sprechen eingeschränkt ist, stellt dies eine nicht zu akzeptierende Barriere dar. Wir fordern daher, einen SMS-Notruf einzuführen, wie er schon in anderen Ländern, wie z.B. Frankreich, möglich ist. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Warnmeldungen, beispielsweise in Katastrophenfällen, so weitergegeben werden, dass auch schwerhörige oder gehörlose Menschen erreicht werden.

### Begründung:

## PÄA 013 – Inklusion: Barrierefreiheit bei Webauftritten

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Barrierefreiheit im Netz

Kurzbeschreibung: Offizielle Internetauftritte barrierefrei gestalten.

### Antragstext:

Auch Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf umfassende Information. Die Internetauftritte der Kommunen müssen somit, um allen Bürgern Zugang zu wichtigen Informationen zu ermöglichen, barrierefrei ausgestaltet werden.

### Begründung:

## PÄA 014 – Infrastruktur: Offene Netze

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Aufbau offener Netze

Kurzbeschreibung: Aufbau offener Netze

### Antragstext:

Offene Funknetze erlauben auch finanziell schlechter gestellten Personen einen Zugang zum Internet. Zudem sind sie ein guter Service für auswärtige Besucher wie beispielsweise Touristen. Daher fordern wir die Einrichtung und Ausweisung offener Funknetze an Rathäusern, innerörtlichen touristischen Sehenswürdigkeiten und beliebten Plätzen.

### Begründung:

## PÄA 015 – Verkehr: Fahrscheinloser ÖPNV

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Fahrscheinloser ÖPNV

Kurzbeschreibung: Fahrscheinloser ÖPNV

### Antragstext:

Mobilität ist Grundlage für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Bereits jetzt wird der ÖPNV stark bezuschusst.

Wir setzen uns daher auch im Stadtgebiet Ulm/Neu-Ulm für einen umlagefinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV ein und halten diesen für finanzierbar.

Bis zur Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV machen wir uns für ein Sozialticket stark, um auch Menschen mit geringem Einkommen Mobilität und Flexibilität zu ermöglichen.

### Begründung:

## PÄA 016 – Sicherheit: Gegen Überwachung im Nahverkehr

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr

Kurzbeschreibung: Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr

### Antragstext:

Die Verkehrsbetriebe versuchen, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste in den Bussen und Bahnen durch den flächendeckenden Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer tatsächlichen Gefahrensituation können Kameras jedoch nicht eingreifen und Straftaten verhindern. Stattdessen wird durch Videoüberwachung tief in die Grundrechte der Bürger eingegriffen und es wird es immer leichter, Daten automatisch zu verknüpfen, was Verhaltens- und Bewegungsprofile und schlussendlich den Gläsernen Bürger ermöglicht. Wir fordern daher das Ende jeglicher Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr.

### Begründung:

## PÄA 017 – Sicherheit: Kameraüberwachung minimieren

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Kameraüberwachung minimieren

Kurzbeschreibung:

### Antragstext:

Im öffentlichen Raum werden immer häufiger Überwachungskameras eingesetzt. Videoüberwachung ist selten klar begründet, oft maßlos überzogen und fast immer nutzlos. Damit wird die Freiheit von Bürgern eingeschränkt, die im öffentlichen Raum nicht beobachtet werden wollen.

Die Piratenpartei fordert deshalb eine kritische Überprüfung aller Überwachungskameras. Wir fordern die Betreiber auf, den Standort und Blickwinkel der Überwachungskameras öffentlich zu dokumentieren und darzulegen, welchen Nutzen die jeweilige Kamera hat. Private Kameras, die dauerhaft Bereiche des öffentlichen Raumes filmen, sollen durch den Datenschutzbeauftragten genehmigungspflichtig werden.

Wir fordern:

1. den Abbau aller von den Kommunen oder deren Gesellschaften betriebenen Überwachungskameras,
2. eine Umkehr der Voraussetzungen für den Betrieb von Kameras: Bürger sollen sich nicht im Nachhinein dagegen wehren müssen, sondern Videoüberwachung soll nur in Ausnahmefällen überhaupt erst genehmigt werden,
3. die deutliche, gut erkennbare und unmissverständliche Kennzeichnung von Geschäften und Gaststätten, die ihre Gäste und Kunden im Innenbereich überwachen,
4. ein entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird.

### Begründung:



## PÄA 018 – Sicherheit: Kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

Kurzbeschreibung: Kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

### Antragstext:

Wir setzen uns für Versammlungsfreiheit und eine vielfältige und freie Nutzung des öffentlichen Raums ein. Wir lehnen Regelungen ab, die diese unnötig einschränken.

Deswegen stellen wir uns gegen Verbote, die den Konsum von alkoholischen Getränken auf öffentlichen Plätzen untersagen, ohne dass eine konkrete Gefährdung davon ausgeht.

### Begründung:

## PÄA 019 – Datenschutz: Opt-In

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Meldedaten nur nach Zustimmung herausgeben

Kurzbeschreibung: Meldedaten nur nach Zustimmung herausgeben

### Antragstext:

Privatpersonen, Firmen (inklusive Adresshändlern), Kirchen, Parteien und andere Einrichtungen fordern von Bürgerämtern gegen geringe Gebühren Daten über Bürger ohne deren Einwilligung an, um diese zu privaten oder kommerziellen Zwecken zu verwenden. Die Bürger müssen dies explizit untersagen (Opt-out), wenn sie hieran nicht teilnehmen möchten. Eine Weitergabe von Informationen über Bürger ohne deren Einwilligung und ohne äußerst dringenden Grund (wie z.B. die Adressfeststellung von verzogenen Schuldnern) lehnen wir ab und unterstützen daher Bestrebungen das Meldegesetz Baden-Württemberg entsprechend anzupassen.

Um diesen Widerspruch gegen das Grundrecht auf Informationelle Selbstbestimmung zu beenden muss in Zukunft sichergestellt sein, dass die Erlaubnis der Bürger eingeholt wurde, bevor Informationen über sie herausgegeben werden (Opt-in). Wurde diese Erlaubnis erteilt, soll der Bürger auf Anfrage Informationen über die getätigten Abfragen erhalten und seine Erlaubnis jederzeit widerrufen können. Eine solche Erlaubnis soll nur durch Volljährige und nicht in Vertretung gegeben werden können.

Bis zu einer Änderung des Meldegesetzes sollen die Kommunen aktiv auf die Möglichkeit der Einschränkung der Datenherausgabe hinweisen, beispielsweise durch Unterstützung des jährlich stattfindenden OptOutDay.

Wir als Piratenpartei werden auf die Möglichkeit der Datenabfrage bei den Meldeämtern verzichten.

### Begründung:

## PÄA 020 – Leben & Verwaltung: Kostenfreier Kirchenaustritt

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Kostenfreier Kirchenaustritt

Kurzbeschreibung: Kostenfreier Kirchenaustritt

### Antragstext:

Jeder Mensch soll unabhängig von seinen finanziellen Verhältnissen die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft selbst bestimmen können. Gebühren erschweren den Austritt oder Wechsel und schränken damit die Bekenntnisfreiheit ein. Zudem stehen sie oft in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand. Daher sollten die Kommunen für einen Kirchenaustritt keine Gebühren verlangen dürfen. Entstehende Kosten sind im Zweifelsfall von der betreffenden Kirche zu entrichten, solange Kirchenangelegenheiten öffentlich verwaltet werden.

### Begründung:

## PÄA 021 – Verwaltung: Onlineverfügbarkeit von Formularen/Dokumenten

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Onlineverfügbarkeit von Formularen/Dokumenten

Kurzbeschreibung: Onlineverfügbarkeit von Formularen/Dokumenten

### Antragstext:

Die Öffnungszeiten der Rathäuser erlauben nicht jedem Bürger einen einfachen persönlichen Besuch. Daher sollten Formulare für Anträge online verfügbar sein, um sie auch postalisch oder sogar online abgeben zu können. Auch Verordnungen der Gemeinden sollten auf diesem Weg zur Verfügung gestellt werden.

### Begründung:

## PÄA 022 – Verwaltung: Einsatz freier Software

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Einsatz von freier Software und offener Datenformate

Kurzbeschreibung: Einsatz von freier Software und offener Datenformate

### Antragstext:

Wir fordern die konsequente Nutzung von Freier Software in der Verwaltung. Freie Software sind Programme, die weiter gegeben, auf beliebige Art genutzt und verändert werden dürfen sowie im Quellcode verfügbar sind. Sie reduziert somit Anschaffungs- und Betriebskosten durch Herstellerunabhängigkeit. Wartungsverträge können mit Firmen vor Ort geschlossen werden, was die regionale Wirtschaft fördert. Zudem ermöglicht sie den Bürgern, die gleiche Software wie die Verwaltung selbst zu nutzen.

Bei freier wie unfreier Software ist darauf zu achten, dass Daten in offen dokumentierten Formaten abgelegt werden, um den Datenaustausch zu vereinfachen und Fehlerarm zu gestalten.

### Begründung:

## PÄA 023 – Familie & Bildung: Erweiterung der Bildungsangebote

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Erweiterung der Bildungsangebote

Kurzbeschreibung: Erweiterung der Bildungsangebote

### Antragstext:

Bildung ist das wichtigste Gut in unserer Gesellschaft. Sie zu fördern sollte oberstes Ziel der Politik sein. Daher setzen wir uns für den Ausbau der frühkindlichen Bildung ein. Kindertagesstätten müssen ausgebaut werden. Die Ausstattung der Grund- und weiterführenden Schulen muss gewährleistet sein. Ebenso wichtig wie die Bildung der Kinder und Jugendlichen ist die Erwachsenenbildung, auch hier müssen ausreichend Angebote vorhanden sein.

### Begründung:

## PÄA 024 – Familie & Bildung: Frühkindliche Bildung

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Frühkindliche Bildung

Kurzbeschreibung: Frühkindliche Bildung

### Antragstext:

Kinder sollen entsprechend ihrer Begabung und unabhängig der sozialen und kulturellen Herkunft die bestmöglichen Voraussetzungen für den Schulbeginn und ihr weiteres Leben erwerben.

### Begründung:

## PÄA 025 – Kostenlose Kinderbetreuung

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Kostenloser Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch

Kurzbeschreibung: Kostenloser Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch

### Antragstext:

Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Kinder in der Grundschule leichter lernen und sich besser in einer Gruppe zurechtfinden. Gleichzeitig können Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten maßgeblich zur Entlastung berufstätiger Eltern beitragen und es manchen Eltern überhaupt erst ermöglichen einen Beruf auszuüben.

Deshalb wollen wir, in Abstimmung mit unserem Landtagswahlprogramm, es aus Landesmitteln ermöglichen, dass der Besuch von Kindergärten nach dem dritten Lebensjahr und der Besuch von Kinderkrippen bereits nach dem ersten Lebensjahr für jedes Kind kostenlos angeboten wird. Damit erhalten alle Kinder, unabhängig von ihrem familiären und gesellschaftlichen Hintergrund, möglichst gleiche Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg.

### Begründung:



## PÄA 026 - Flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen

Kurzbeschreibung: Flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen

### Antragstext:

Die Öffnungszeiten sollen sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Im Sinne des Work-Life-Balance ist der Betrieb während der Ferien zu gewährleisten.

### Begründung:

## PÄA 027 – Familie & Bildung: Betreuungsschlüssel

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Besserer Betreuungsschlüssel in Krippen und Kindergärten

Kurzbeschreibung: Besserer Betreuungsschlüssel in Krippen und Kindergärten

### Antragstext:

Wir wollen eine optimale Förderung und Betreuung von Kindern. Die momentane Gruppenstärke und die schwache personelle Ausstattung der Kindertagesstätten lassen hierfür leider keinen Handlungsspielraum. Der Umgang mit auffälligen Kindern liegt im Moment einzig und allein in der Hand der jeweilig zuständigen Erzieher. Für eine Aufarbeitung von Problemen im Team ist derzeit kein Platz in den Dienstplänen der Kitas. Die Piratenpartei setzt sich für die Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagesstätten der Kommune ein. Wir wollen den Betreuungsschlüssel pro Gruppe anheben. Die Gruppenstärke soll reduziert werden. Die Erzieher in Kindertagesstätten sollen mehr Möglichkeiten und Zeit dafür erhalten, sich fortzubilden.

### Begründung:

## PÄA 028 – Familie & Bildung: Vergütung von Betreuungspersonal

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Angemessene Vergütung des Betreuungspersonals

Kurzbeschreibung: Angemessene Vergütung des Betreuungspersonals

### Antragstext:

Wir setzen uns für eine übertarifliche Bezahlung in der Kinderbetreuung ein. Zum einen soll dies dem Fachkräftemangel in der Betreuung entgegenwirken und zum anderen die Wertigkeit der Tätigkeit widerspiegeln.

### Begründung:

## PÄA 029 – Familie & Bildung: Bundeswehr an Schulen

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Keine Bundeswehr an der Schule

Kurzbeschreibung: Keine Bundeswehr an der Schule

### Antragstext:

Die Piratenpartei lehnt Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen ab. Wird ein Angehöriger der Bundeswehr im Rahmen des Unterrichts eingeladen, ist für entsprechende Ausgewogenheit zu sorgen, z. B. durch Hinzuziehen eines bundeswehrcritischen Referenten.

### Begründung:

## PÄA 030 – Familie & Schulen: Rechte Gewalt & Ideologien

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Programme und Aufklärung gegen rechte Gewalt und Ideologien

Kurzbeschreibung: Programme und Aufklärung gegen rechte Gewalt und Ideologien

### Antragstext:

Besonders der strukturschwächere ländliche Raum bietet immer wieder Nährboden für die Ausbreitung rechter Ideologien und Gewalt. Wir lehnen dies klar ab und unterstützen Programme und Aufklärungsmaßnahmen gegen derartige Entwicklungen.

### Begründung:

## PÄA 031 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Transparenz

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Transparenz

Kurzbeschreibung:

### Antragstext:

Transparenz ist die Basis für Mitbestimmung. Ohne Informationen über anstehende Entscheidungen können sich die Bürger kein eigenes Bild der Sachlage bilden. Wir streben daher die zeitnahe, vollständige und für alle Bürger leicht zugängliche Veröffentlichung von Informationen an, die zur Meinungsbildung benötigt werden. Der Datenschutz betroffener Dritter ist hierbei zwingend zu beachten. Zudem müssen die Wege der Entscheidungsfindung klar kommuniziert werden.

### Begründung:

## PÄA 032 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Informationsfreiheitssatzung

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Informationsfreiheitssatzung

Kurzbeschreibung: Informationsfreiheitssatzung

### Antragstext:

Solange Baden-Württemberg als eines der wenigen Bundesländer auf Landesebene noch kein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet hat müssen wir den Zugang zu amtlichen Dokumenten auf kommunaler Ebene regeln. Hierzu streben wir Informationsfreiheitssatzungen an, die jedem Bürger voraussetzungslos einen Rechtsanspruch auf den Zugang zu amtlichen Informationen garantieren. Prinzipiell sollen die Kommunen jedoch selbst aktiv eine Kultur der offenen Verwaltung mit Veröffentlichung von für die Öffentlichkeit relevanter Dokumente vorleben. Amtliche Dokumente sind daher auch so anzulegen, dass sie ohne Verstöße gegen Datenschutz und berechnigte Geheimhaltungsinteressen sofort und ohne vorherige umständliche Bearbeitung an Bürger herausgegeben werden können.

### Begründung:

## PÄA 032 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Stadtrat/Gemeinderat

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Kommunalparlamente

Kurzbeschreibung: Kommunalparlamente

### Antragstext:

Die Sitzungen der kommunalen Volksvertretungen werden - wenn überhaupt - nur von wenigen Bürgern verfolgt. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Wir setzen uns daher dafür ein, für Stadt- und Gemeinderäte, inklusive deren Ausschüsse, sowie sinngemäß ebenso für den Kreistag und seine Ausschüsse folgende Mindeststandards für eine bürgerfreundliche, transparente Volksvertretung einzuführen:

#### \*\* Veröffentlichung von Satzungen und Geschäftsordnungen (Modul 1)

Satzungen, Geschäftsordnungen und andere Dokumente, die zum Verständnis der Abläufe in den Räten notwendig sind, sollen auf den entsprechenden Internetseiten veröffentlicht und verständlich dargestellt werden. Dies ermöglicht den Bürgern ein Verständnis für die Arbeit in den Gremien.

#### \*\* Veröffentlichung von Antragsvorlagen (Modul 2)

Bereits vor der Sitzung sollen nicht nur Ort, Termin und die Tagesordnung, sondern auch die öffentlichen Antragsvorlagen veröffentlicht werden. Der traditionelle Weg über die Möglichkeit der Einsicht in den Rathäusern ist hierbei nicht ausreichend, sondern muss durch Bereitstellung auf der Internetseite der Kommune ergänzt werden. Dies ist meist ohne Mehrkosten möglich, da die Antragsvorlagen im Regelfall bereits digital vorliegen. Ziel muss es sein, grundsätzlich alle Dokumente einer Kommune und des Landratsamts Schritt für Schritt elektronisch auffindbar und zugänglich zu machen.

#### \*\* Streaming und Aufzeichnung (Modul 3)

Die Sitzungen finden oft zu Zeiten statt, an denen viele Menschen ihnen nicht persönlich beiwohnen können. Daher müssen diese über das Internet übertragen und aufgezeichnet werden. Hierfür existiert eine große Zahl an kostenfreien Lösungen. Idealerweise sollte es den Bürgern so auch möglich sein, aus der Ferne Fragen einzubringen. Die Protokolle sind zusammen mit den Aufzeichnungen zeitnah nach oder bereits während der Sitzung zu veröffentlichen.

Der Datenschutz von Besuchern der Sitzung kann durch einfache Maßnahmen wie der Einschränkung des Aufnahmebereichs auf die offiziellen Teilnehmer oder Unterbrechung der Tonübertragung bei Fragen aus dem Plenum sichergestellt werden.

#### \*\* Nichtöffentliche Sitzungen minimieren (Modul 4)

Wir sehen die Notwendigkeit, auch nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten. Insbesondere der Datenschutz einzelner Beteiligter, beispielsweise bei Baumaßnahmen privater Natur oder der Diskussion von Angeboten auf Ausschreibungen, kann dies im Einzelfall rechtfertigen. Nichtöffentliche Sitzungen oder nichtöffentliche Teile von Sitzungen sind jedoch ausnahmslos zu begründen und auf das notwendige Maß zu reduzieren. Ohne nachvollziehbare Begründung darf kein Tagesordnungspunkt nichtöffentlich abgehalten werden.

### Begründung:



## PÄA 034 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: OpenData

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: OpenData

Kurzbeschreibung: OpenData

### Antragstext:

Dokumente, die von den Verwaltungen erstellt oder in Auftrag gegeben werden müssen für alle Bürger frei nutzbar sein. Wir streben daher die gemein-freie Veröffentlichung aller Dokumente an. In den wenigen Fällen, in denen eine kommerzielle Nutzung beispielsweise durch Rechte Dritter eingeschränkt werden muss werden diese unter den Bedingungen einer passenden Creative Commons Lizenz für die nicht kommerzielle Nutzung zugänglich gemacht.

Um gesuchte Dokumente einfach auffindbar zu machen soll die Veröffentlichungsplattform mit einer geeigneten Suchfunktion ausgestattet sein.

### Begründung:

## PÄA 035 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Wahlrecht f. Ausländer

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Kommunales Wahlrecht für Bürger ausländischer Staaten

Kurzbeschreibung: Kommunales Wahlrecht für Bürger ausländischer Staaten

### Antragstext:

Auch ausländische Mitbürger sind Teil unserer Gesellschaft. Wir setzen uns daher für ein kommunales Wahlrecht für Bürger ausländischer Staaten ein, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Baden-Württemberg soll sich im Bundesrat für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes einsetzen.

### Begründung:

## PÄA 036 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Keine Wahlgeräte

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Keine Wahlgeräte

Kurzbeschreibung: Keine Wahlgeräte

### Antragstext:

Die Piratenpartei lehnt die Nutzung von Wahlgeräten aller Art (beispielsweise mechanische Wahlmaschinen oder Wahlcomputer) ab. Wahlcomputer sind manipulierbar und die Korrektheit der Wahl nur noch durch Experten nachzuvollziehen. Der Nutzen keiner Geräteklasse rechtfertigt die hohen Anschaffungs- und Betriebskosten.

### Begründung:

## PÄA 037 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Wahlbeobachter

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Wahlbeobachter

Kurzbeschreibung:

### Antragstext:

Wir befürworten die Beobachtung von Wahlen auf allen Ebenen, um mögliche Manipulationen zu verhindern. Leider machen kaum Bürger von diesem Recht Gebrauch. Wir werden deshalb aktiv über die Möglichkeit der Wahlbeobachtung informieren.

### Begründung:

## PÄA 038 - Transparenz & Bürgerbeteiligung: Frühe Bürgerbeteiligung

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Frühe Bürgerbeteiligung

Kurzbeschreibung: Frühe Bürgerbeteiligung

### Antragstext:

Die Bürger müssen früher als bisher in die Planung von Projekten eingebunden werden. Insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst in den wenigen Wochen der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert. Wir fordern aktive Bürgereinbindung ab Beginn der Planungen.

### Begründung:

## PÄA 039 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Bürgerentscheide

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Möglichkeit von Bürgerentscheiden nutzen

Kurzbeschreibung: Möglichkeit von Bürgerentscheiden nutzen

### Antragstext:

Selbst bei umstrittenen Projekten wird die Möglichkeit von Bürgerentscheiden nur selten genutzt. Wir möchten in solchen Fällen, nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen, die Bürger aktiv und verbindlich zu ihrer Einstellung befragen.

### Begründung:

## PÄA 040 – Transparenz & Bürgerbeteiligung: Jugendgemeinderäte

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Jugendgemeinderäte

Kurzbeschreibung: Jugendgemeinderäte

### Antragstext:

Um die Jugend im Sinne demokratischer Werte zu erziehen und ihnen eine Möglichkeit zur Mitbestimmung zu geben fordern wir die Einrichtung von Jugendgemeinderäten mit eigenem Budget. Vertreter des Jugendgemeinderates sollen im Gemeinde- bzw. Stadtrat ein Rede- und Antragsrecht erhalten.

Zur Erhöhung der Wahlbeteiligung, die bei Jugendgemeinderäten erfahrungsgemäß eher niedrig ausfällt, können Maßnahmen wie beispielsweise Aufstellung der Wahlurnen in Schulen zur Unterrichtszeit ergriffen werden.

### Begründung:

## PÄA 041 – Inklusion: Beschwerdestelle f. Sexuelle Belästigung

Antragsteller: Marco Geupert

Titel: Beschwerdestelle f. Sexuelle Belästigung

Kurzbeschreibung: Einrichtung einer Beschwerdestelle f. Sexuelle Belästigung

### Antragstext:

Die Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis setzt sich für die Einrichtung einer Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung durch die Stadt Ulm ein. Dies kann nach dem Vorbild der entsprechenden Beschwerdestelle der Stadt München geschehen. Die Beschwerdestelle dient als Anlaufstelle für Betroffene und koordiniert Maßnahmen, um die Situation in der Stadt und dem Landkreis zu verbessern. Schwerpunkte sollen sexuelle Belästigung in Schulen, anderen öffentlichen Einrichtungen sowie am Arbeitsplatz sein. Dazu arbeitet die Beschwerdestelle mit den kommunalen Verwaltungen und den im Kreis ansässigen Unternehmen zusammen.

### Begründung:

Antrag 2:

[http://www.sueddeutsche.de/muenchen/beschwerdestelle-fuer-sexismus-nimm-doc\[...\]](http://www.sueddeutsche.de/muenchen/beschwerdestelle-fuer-sexismus-nimm-doc[...].)



## Positionspapiere

Unter dieser Überschrift findet ihr alle Anträge die Positionen des Verbandes allgemeingültig behandeln sollen. Diese werden, nach der vorläufigen Tagesordnung, nach der neuen Vorstandswahl beim Kreisparteitag 2013.1 der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis behandelt. Sie werden nach den Programmanträgen behandelt und in der Tagesordnung als solche verstanden.

Momentan haben wir keine Positionen.

Die vorläufige Tagesordnung:

- Begrüßung
- Wahl der Versammlungsämter
  - Versammlungsleiter
  - Wahlleiter
  - Bestimmung der Wahlhelfer
  - Protokollant
- Zulassung von Gästen und Presse sowie Bild- und Tonaufnahmen
- Abstimmung über die Geschäftsordnung
- Abstimmung über die Tagesordnung
- Satzungsänderungsanträge
- Rechenschaftsberichte
- Entlastung des alten Vorstandes
- Vorstandswahlen
  - Wahl der/des Vorsitzenden
  - Wahl der/des Stellvertretenden Vorsitzenden
  - Wahl der/des Schatzmeister/in
- Wahl der Rechnungsprüfer
- Anträge und Wünsche an den Vorstand
- **Programmanträge**
- Sonstiges

## PP 001 - Positionierung und Selbstverständnis der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis

Antragsteller: David Dorst

Titel: "Der Mensch im Vordergrund"

Kurzbeschreibung: Positionierung und Selbstverständnis der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis

### Antragstext:

Wir bekennen uns deutlich zu einem menschlichen Miteinander. Dies schließt insbesondere auch medizinische Versorgung, sowie die Möglichkeit zur sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe, auch für Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mit ein. Wir setzen uns für ein gesamtpolitisches System ein, welches die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt und nicht an Nationalitätsgrenzen endet.

Dies ist eine grundsätzliche Aussage die allem zukünftigen Handeln zu Grunde liegt und das Verständnis des Begriffs "Bürger" erweitert. Das gilt auch für Aussagen die in momentanem rechtlichen Rahmen nicht möglich sind, da wir die Gemeinschaft über die momentanen Grenzen auf Dauer und als Zukunftsvision ausbauen wollen.

Wir verstehen uns als Teil einer Gemeinschaft aller Menschen und orientieren unser Handeln an dieser Rahmenbedingung. Dies schließt insbesondere eine Ablehnung der Unterscheidung nach Hautfarbe, Herkunft, religiöser Zugehörigkeit, sexueller Identität und Weltbild.

Wirtschaftliche Interessen stehen hinter der grundsätzlichen Möglichkeit der Teilhabe eines Menschen zurück. Dies umschließt die Einschränkung von Transfergeleistungen und beschreibt ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat und der Unterstützung Hilfsbedürftiger.

### Begründung:

## PP 002 - Selbstverständnis als liberale Partei

Antragsteller: David Dorst

Titel: Selbstverständnis als liberale Partei

Kurzbeschreibung: Enthält das Selbstverständnis auf dessen Basis wir unsere Entscheidungen treffen und wirken

### Antragstext:

Wir, die Piraten der Piraten des Kreisverbandes Ulm/Alb-Donau-Kreis verstehen uns selbst als liberal.

Wir sehen den Staat als ein Verwaltungsinstrumentarium, welches notwendig ist unser Zusammenleben in großem Rahmen zu organisieren. Wir sehen ihn dabei auch in der Rolle uns die größtmöglichen Individuellen Freiheiten als Menschen zuzugestehen und sie nur in notwendigem Rahmen einzuschränken. Grundsätzlich ist einem jedem Menschen die maximal mögliche Freiheit in Äußerung seiner Meinung, seiner Lebensgestaltung, seiner Wirtschaftlichen Entwicklung und seinem Selbstverständnis einzuräumen. Wir verstehen die Organisationen in unserer Gesellschaft, egal ob wirtschaftlicher, politischer, gemeinnütziger oder sonstiger Natur als Organisationen die uns als Gesellschaft einen Vorteil verschaffen sollen. Dies wird durch einzelne Leistung eingeschränkt, die der jeweiligen Person zu gute kommen kann. Wir verstehen uns nicht als Lobbyorganisation wirtschaftlicher Interessen, die unserem Verständnis nach den individuellen Interessen unterzuordnen sind, sofern Konflikte zwischen beiden Positionen entstehen.

Hierbei sehen wir vorrangig auch die Notwendigkeit Schutz- oder Hilfsbedürftige zu unterstützen und ihnen gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

### Begründung:

## Sonstige Anträge

Unter dieser Überschrift findet ihr alle sonstigen Anträge. Diese werden, nach der vorläufigen Tagesordnung, nach der neuen Vorstandswahl beim Kreisparteitag 2013.1 der Piratenpartei Ulm/Alb-Donau-Kreis behandelt. Sie werden nach den Positionspapieren behandelt und in der Tagesordnung als Programmanträge verstanden.

Die vorläufige Tagesordnung:

- Begrüßung
- Wahl der Versammlungsämter
  - Versammlungsleiter
  - Wahlleiter
  - Bestimmung der Wahlhelfer
  - Protokollant
- Zulassung von Gästen und Presse sowie Bild- und Tonaufnahmen
- Abstimmung über die Geschäftsordnung
- Abstimmung über die Tagesordnung
- Satzungsänderungsanträge
- Rechenschaftsberichte
- Entlastung des alten Vorstandes
- Vorstandswahlen
  - Wahl der/des Vorsitzenden
  - Wahl der/des Stellvertretenden Vorsitzenden
  - Wahl der/des Schatzmeister/in
- Wahl der Rechnungsprüfer
- Anträge und Wünsche an den Vorstand
- **Programmanträge**

## SA 001 – Korrekturen Programm

Antragsteller: Lisa Collins

Titel: Rechtschreibung im Programm und der Satzung

Kurzbeschreibung: Redaktionelle Änderungen sind gestattet

### Antragstext:

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen, das Programm und die Satzung mittels einer Rechtschreibprüfung und -korrektur der deutschen Rechtschreibung und Grammatik anzupassen.

### Begründung:

So müssen wir hoffentlich keine Anträge mit Rechtschreibfehlern ablehnen, sondern können solche Sachen im Nachhinein noch beheben.